

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

10.1.1919 (No. 9)

Expedition: Karlsruher Str. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptredakteur G. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 4.476 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Volkverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 4.492 P. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gebaltene Zeile oder deren Raum 25 P. zuzüglich 30 % Leerungsgebühr. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht blauen Brief nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Reichsdruck, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Das Wichtigste.

Beschleunigung des Friedensschlusses.

Aus London wird dem „Secolo“ gemeldet: Das Kriegsministerium habe, beunruhigt über die unter den Soldaten herrschende Mißstimmung wegen der Verzögerung ihrer Entlassung, dem Kriegskabinett die Notwendigkeit eines beschleunigten Abschlusses des Friedens vor Augen gestellt. Da das auswärtige Amt auch dieser Ansicht sei, habe das Kriegskabinett beschlossen, dem Gegenstand schneller zur Beratung zu stellen. Man erwartet Entscheidung im Sinne eines schnellen Friedensschlusses, doch möchte man vorläufig erst die auf England, Amerika, Italien und Deutschland bezüglichen Fragen regeln, was wegen der zunehmenden bolschewistischen Gefahr notwendig erscheine. Mit Bezug auf die übrigen Fragen, wie die Freiheit der Meere, Völkerbund, Belgien und Türkei, habe es noch einige Monate Zeit. Man bezweifelt freilich, daß Deutschland zurzeit imstande ist, annehmbare Friedensunterhändler zu ernennen.

Die Haltung der Vereinigten Staaten.

Der „N. Y. Hg.“ zufolge gibt der „Corriere della Sera“ eine Äußerung des führenden demokratischen Blattes in den Vereinigten Staaten, der „World“, wieder, das, die Rede Clemenceaus kommentierend, schreibt, es sei unverständlich, wie ein Staatsmann dazu komme, sich einzubilden, daß Amerika in einem imperialistischen Frieden die Hand bieten könne. Die Ania würde niemals einen nach den Grundrissen des Wiener und Berliner Kongresses vereinbarten Frieden unterzeichnen. Ein neuer Versuch, die alte Politik des Gleichgewichts der Mächte auf die Füße zu stellen, würde die Vereinigten Staaten bewegen, ihr absolutes Desinteressement an den Diskussionen der Friedenskonferenz auszusprechen. In diesem Sinne sei das Rüstungsprogramm Daniels eine Vorstufe für den Fall, daß die Konferenz nach jenen Methoden, die zum Kriege führten, nie mitarbeiten wolle. In diesem Falle würde sich die Union von der Konferenz zurückziehen und ungeachtet der vorzüglichen Beziehungen zu den Verbandsstaaten ihre Interessen selbst wahren, in der vollen Erkenntnis der Notwendigkeit, sich nicht unvorbereitet von einem früher oder später unvermeidlichen neuen Weltkonflikt überraschen zu lassen.

Amerika und die Vorgänge in Berlin.

„Verab“ meldet lt. „N. Y.“ aus New York: Die Öffentlichkeit sieht unter dem Eindruck der Ereignisse in Berlin und Deutschland. Die Meinung maßgebender Persönlichkeiten ist, daß der Krieg gegen ein bolschewistisch regiertes Deutschland fortgesetzt werden solle und daß die neuen Waffenstillstandsbedingungen die Befreiung der deutschen Industriegebiete durch Truppen der Alliierten enthalten müssen.

Wiederrufung der Demobilisierung in Frankreich.

Aus Paris wird, lt. „N. Y.“, gemeldet, daß die Demobilisierung der Jahrgänge 75—95 widerrufen wurde. Auf Einladung Hochs hat sich die Armee-Kommission der Kammer in das Hauptquartier nach Luxemburg begeben.

Bayerische Warnungen an Berlin.

Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner sandte gestern folgendes Telegramm an die Reichsregierung in Berlin:

„Mit wachsendem Vorfremden verfolgen wir den mörderischen Bürgerkrieg in Berlin. Das muß ein Ende haben, wenn nicht ganz Deutschland zugrunde gehen soll. Das Beispiel Berlin wirkt überallhin zerrüttend und erzeugt eine Massenepidemie des Wahnsinns. Eine von dem Vertrauen des Volkes getragene Regierung, die alle Richtungen des Sozialismus zusammenführt und entschlossen ist, auf dem Boden der Revolution, Demokratie und Sozialismus bis zum Siege durchzuführen, scheint als einzige Rettung möglich. Im Süden steigt der Horn gegen Berlin, während zugleich dunkle Elemente auch hier zum Bürgerkrieg schreiben.“

In einer sozialdemokratischen Wählerversammlung in Nürnberg sprach der Minister für militärische Angelegenheiten, Hoffbauer, sein Bedauern über die letzten Ereignisse in Berlin aus, weil sie dem Neuaufbau des Reiches nur hinderlich seien. Am Reichsgedanken müsse festgehalten werden, aber ein Bund gleichberechtigter Staaten müsse geschaffen werden. Wenn es nicht gelinge, in Berlin die Ruhe wieder herzustellen, dann müßten die süddeutschen Staaten zusammengehen und die Führung übernehmen, damit endlich geordnete Zustände herbeigeführt würden.

Der Wahltag für die österr. Konstituante.

Der deutsch-österreichische Staatsrat hat beschlossen, als Wahltag für die Konstituante endgültig den 6. Februar festzusetzen.

Deutschland in englischer Darstellung.

Der Stockholmer Korrespondent der Londoner „Times“ hat, so schreiben die „Basler Nachrichten“, Deutschland besucht und schildert nun in einem längeren Artikel die daselbst gewonnenen Eindrücke.

Ein Engländer, heißt es darin, der deutschen Boden betritt, wird sofort gewahrt, daß Deutschland den vollen Druck des Krieges weit früher zu spüren bekam, als sein eigenes Land. Heute ist es so vollständig erschöpft. Vom Moment der Landung an überall nichts als Zeichen der Not, der Abnutzung, der Dürftigkeit. Das ganze Land scheint dem Verfall überantwortet: Häuser, Straßen, Eisenbahnen, die Kleidung der Leute, alles ist abgestanden, verbraucht. Was man ißt und trinkt, ist Surrogat. Auf den Straßen veraltete, ja vorhin stützliche Behälter, gezogen von abgemagerten Tieren. Im Zug hat man den Eindruck, durch eine abgenutzte, verkommene Landschaft zu fahren. Man meint, nichts könne einmal jung und frisch und blühend gewesen sein. Sogar die Kinder in den Straßen haben etwas unnatürlich Altes an sich.

Überall herrscht das Gefühl des Mangels vor. Metallbeschläge an den Türen sind weggenommen und nicht wieder ersetzt worden. Nichts wurde im Laufe der vier Jahre übermalt oder repariert. In den Restaurants sind die Tische ungedeckt oder mit Papier von schlechter gelblicher Farbe belegt. Das Menü ist wenig einladend. Nicht daß die Ernährungsfrage schon heute verzweifelt wäre, sie wird es erst Mitte Februar sein. Inzwischen werden volle Nationen verabsorbt, und weder der Arbeiter noch der Besucher erstklassiger Hotels lebt viel anders als die entsprechenden Klassen in Schweden. Ende Februar jedoch wird nichts mehr übrig geblieben sein, sofern nicht frische Vorräte eintreffen.

Wie ärmlich, ja schäbig, die ehemals so glänzende Reichshauptstadt heute aussieht! Glanz gehört zu Berlin, sonst bleibt nichts übrig als die Schlichtheit dieser Metropole. In der Weihnachtswoche 1918 mochte ein Londoner mit allen Taschen voll Geld die Straßen der Stadt durchwandern, ohne etwas zu bemerken, was ihn hätte zum Ankauf bewegen können. Was Wertheim ausstellt, erinnert an einen Provinztuchhändler. Nur die Juweliere weisen die alten glänzenden Kaufläden auf; ihre Ware ruht sich nicht ab, und Edelsteine sind für den Krieg nicht verwendbar.

Der allgemeine Eindruck völliger Erschöpfung ist so stark, daß man sich wundert, nicht über den Zusammenbruch Deutschlands, sondern über die Kraft des Durchhaltens durch so viele Jahre. Die Lokade mag zu spät eingekauft haben; sie aber ist es gewesen, die Deutschland niedergelämpft hat. Auch ohne sie hätte zuletzt vielleicht ein militärischer Sieg errungen werden können, aber jedenfalls viel später. Hunderttausende von Amerikanern hätten zuerst in den Tod gehen müssen.

Deutschland ist heute vollständig zusammengebrochen; darüber kann nicht der Schatten eines Zweifels bestehen. Ganz abgesehen von den Vorschriften der Waffenstillstandsbedingungen ist eine Art militärischer Erholung unmöglich. Es liegt am Boden und ist am Ende der Kraft (down and out). Nach vier Jahren der furchtbaren Anspannung aller Kräfte, die je eine Nation auf sich zu nehmen hatte, ist das deutsche Volk nun in das andere Extrem verfallen. Ein Briten hat die größte Mühe, sich von seinem gegenwärtigen Geisteszustand einen Begriff zu machen. Deutschland hat mit einem Schlag alles verloren, seine technische Fähigkeit zum Kriege, aber auch das Vertrauen in seine Führer und in die Sache, für die diese Führer es kämpfen und verbluten ließen.

Das Erwachen kam mit furchtbarer Plötzlichkeit. Der psychologisch entscheidende Moment war nicht die ja sich aufdrängende Erkenntnis der im Westen unabwendbaren Niederlage, nicht einmal der Ausbruch der Revolution, sondern der Augenblick, da die Nachricht sich verbreitete, der Kaiser habe die holländische Grenze überschritten. Ludendorff ist in Schweden; Tirpitz soll sich in der Schweiz befinden, und der Kaiser weilt in Holland. Diese drei Männer sandten Millionen anderer Männer in den Tod. Ob sie dies aus guten oder schlechten Gründen taten, kommt zunächst wenig in Betracht; das Entscheidende ist, daß sie flohen, um ihre Haut in Sicherheit zu bringen, da sonst ein Grund für ihr Verschwinden nicht gefunden werden kann. Jeder Deutsche kennt diese Tatsachen und beschäftigt sich damit, und ihre

Wirkung übersteigt alle Begriffe. Die Höhen dieses Volkes (denn Höhen waren sie bis zum letzten Augenblick gewesen) wurden mit einem Schlag zerschmettert. All das im Lauf der Zeit aufgespeicherte Prestige der Hohenzollern-Dynastie, des Zentrums alles bewußt nationalen Lebens ist verschwunden. Aber wie nach einem Alpdruck der Geist einer gewissen Spanne Zeit bedarf, um seine natürlichen Fähigkeiten wieder zu erlangen, so hat Deutschland die volle Kontrolle über seine normalen geistigen Kräfte noch nicht wieder erlangt.

Niemand hat die Revolution durchführen wollen; sie machte sich von selbst. Jetzt sieht sich der Deutsche mit einem Schläge einer völlig neuen Welt gegenüber, einer Welt ohne sichtbare Autorität. Einer ihm fast unfaßbaren Welt! Für die überwältigende Mehrheit der Deutschen ist ein solcher Zustand ebenso unbegreiflich wie abstoßend. Daher, ohne Rücksicht auf die bevorstehende Friedenskonferenz, auf die Konsequenzen des Krieges, die riesige Entschädigung an die Alliierten und andere Arten der Sühne, das fiebergleiche Streben nach einer neuen Autorität im Staate, die sie zu achten und der sie zu gehorchen vermögen und welche sie der Verantwortung enthebt, selbst zu handeln und Entschlüsse zu fassen. Manche hängen so sehr an einer festen Ordnung, daß sie ihnen selbst in englischer oder amerikanischer Form willkommen wäre.

Eine neue Regierung wird eines Tages zustande kommen, welche dem tiefen Sehnen nach Pflicht und Gehorsam dieses Volkes Genüge tut. Der englische Beurteiler ist überzeugt, daß sie eine republikanische Form haben wird. Absolut sicher ist ihm nur eines: Die Hohenzollern werden nicht zurückkehren. Immer noch ist ein gewisses Gefühl der Sympathie mit dem Kaiser zu finden; es gleicht der Empfindung für ein zerbrochenes Idol oder eine teure, aber für immer verlorene Illusion. Vertrauen und Achtung sind daraus verschwunden. Das Volk zeigt Neigung, den Kaiser zu entschuldigen, die Verantwortung seinen Ratgebern zuzuschreiben, ihn höchstens der Schwäche zu zeihen. Aber es weiß, daß es an ihm nie wieder Halt und Stütze fände. Käme er nach Deutschland zurück, die öffentliche Meinung wäre wahrscheinlich gegen jede Bestrafung; aber keine Stimme würde die Wiedereinsetzung in seine Würde fordern, während Tirpitz und der Kronprinz ohne weiteres gehängt werden könnten. Sogar die Loyalität der Offiziere von altpreussischem Adel hat dem Schlag nicht zu widerstehen vermocht; den Wilhelm II. durch seine heimliche Flucht über die Grenze ihrem Stolz und Ehrgefühl verletzten. Selbst die, deren persönliches Wohlergehen offenkundig vom Kaiserhause abhing, wissen, daß das Vergangene unwiederbringlich ist und es nutzlos wäre, zurückzurufen, was nur noch der Schatten der früheren Existenz sein könnte.

Interessant ist die Schilderung des Engländers von der Flucht Ludendorffs nach Schweden. Ein politischer Gegner, ein aus dem Osten stammender Edelmann hätte dem General dazu verholfen. Ludendorff entkam aus dem Versteck seiner Pension, des Schnurrbartes beraubt und durch einen fremdartigen Gut unkenntlich gemacht, im Automobil ohne Paß glücklich über die Grenze. „So endigt der preussische Militarismus, die von Friedrich dem Großen der Welt übermachte Erbschaft.“

Die Ereignisse in Berlin.

Die Kämpfe in Berlin haben bis zur Stunde noch keine endgültige Entscheidung gebracht. Immerhin gewinnt man aus den vorliegenden Meldungen den Eindruck, daß die Lage der Regierung sich weiter festigt.

Blutige Kämpfe spielten sich im Laufe der Nacht zum Mittwoch auch am Anhalter Bahnhof ab, in dessen Nähe sich die Druckerei des Spartakusbundes befindet. Die Versuche seitens der Spartakisten, den Bahnhof zu besetzen, wurden von Regierungstruppen mit Hilfe von Soldaten, die gerade von auswärts eintrafen, abgeschlagen. Die Verluste der Spartakisten soll erheblich sein.

Im Laufe des gestrigen Vormittags wurde an vielen Stellen der Stadt lebhaft geschossen. Gegen halb 11 Uhr eröffneten die Spartakisten am Brandenburger Tor, das in der Nacht von Regierungstruppen, unter Führung des Mehrheitssozialisten Kuttner, genommen war, ein lebhaftes Feuer, das bis in die Nachmittagsstunden andauerte und bei dem 6 Personen erschossen wurden. Die auf den Dächern der Reichskanzlei befindlichen Regierungstruppen bestrichen in der Richtung hinter den Linden, wo sich die Spartakisten aufhielten, die Wilhelmstraße dauernd mit Maschinengewehrfeuer, so bald sich jemand den Regierungsgebäuden näherte. Um halb 12 Uhr schwoll das Feuer stärker an, namentlich in der Nähe des Brandenburger Tores, das ebenso wie die anliegenden Häuser der

Südfelie der Straße unter den Linden noch von Regierungstruppen besetzt ist. Die Spartakusbewegung dagegen haben die Dächer in der Dorotheenstr. in der Nähe der Kriegsakademie mit Maschinengewehren besetzt. Bei dem Feuerkampf gab es Tote auch unter den Passanten. Gegen 12 Uhr eröffneten die Spartakusleute einen heftigen Angriff auf der Rückseite des alten auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei, vom Tiergarten her. Bald darauf fielen auch in der Wilhelmstraße die ersten Schüsse. Die Häuser in der Charlottenstraße, in denen das W.D. liegt, sind stark beschädigt. Große Blutlachen waren heute noch auf den Bürgersteigen zu sehen. Die Kämpfe haben in den Nachmittagsstunden an Heftigkeit zugenommen.

Aber die weiteren Kämpfe wird noch untern 9. gemeldet: Am vergangenen Abend gegen 10 Uhr kam ein Panzerautomobil mit Regierungstruppen vom Dönhofsplatz her, die Jerusalemstraße entlang, um zunächst festzustellen, wie stark die Verteidigungsmittel der Spartakisten dort seien. Am Hauptportal des „Berliner Tageblatts“ wurde mit schwerem Maschinengewehrfeuer auf den Kraftwagen geschossen, ohne daß diesem jedoch Schaden zugefügt worden wäre. Die Besatzung des Panzerautomobils erwiderte das Feuer, bis das Gefährt in der Lindenstraße versank. Im Süden der Straße besetzten die Maschinengewehre von Mofse aus die Jerusalemstraße, wobei die gegenüberliegenden Häuser schwer beschädigt wurden. Viele Geschosse drangen in die Wohnungen der Häuser ein, so daß deren Bewohner, von denen zwei Personen verletzt wurden, in die nach dem Hofe gelegenen Zimmer flüchten mußten. Am heutigen Vormittag lebte das Feuer von neuem auf. Die ganze Jerusalemstraße bis zum Dönhofsplatz mußte für jeden Verkehr gesperrt werden.

In der Landsbergerstraße kam es heute nacht zu einem Geschehen zwischen Sicherheitspolizei und revolutionären Arbeitern. Dort wurde ein Lastkraftwagen auf dem sich 20 Sicherheitsleute befanden, und dem Stadtmann zuströmte, von den Revolutionären angegriffen. Die Spartakisten hatten gestern nachmittag auch die Siemenswerke in der Siemensstraße besetzt, wurden jedoch durch die Charlottenburger Sicherheitswehr bald wieder vertrieben. Ebenso geschah es mit der Wamba, in der seit der Revolution die Lebensmittel verteilt werden. Den durch den Abfall der Sicherheitswehr bewirkten Ausfall suchten die Regierungsgegner durch Heranziehung von Arbeitern aus den Fabriken auszugleichen, die sie bemannet haben. Der Lehrtr. Bahnhof ist jetzt in den Händen der Regierung, die ihn mit etwa 360 Mann besetzt. Der Vorort, und Fernverkehr sind ungehindert, dagegen ist der Stadtverkehr eingestellt. Heute morgen ist ein Angriff versucht worden, der nach einer Meldung ziemlich schnell ohne Verluste auf beiden Seiten erledigt war, nach anderen Meldungen ziemlich blutig verlaufen ist und 5 Tote gekostet haben soll. Am Vormittag wurde der Wilhelmplatz und seine Zugänge wieder gesperrt. An den Abzweigungen sind hier wie anderswo Offiziere in Mannschafsumform beteiligt. Im Laufe des späten Vormittags haben sich wieder sehr heftige Kämpfe in der Schützen- und Jerusalemstraße beim „Berliner Tageblatt“ entwickelt.

In einer vom 9. datierten Mitteilung des W.D. wird die Ansicht ausgesprochen, daß, wenn nicht alles äussere, seit Mitt-nach ein wesentlicher Umschwung in den realen Machtverhältnissen eingetreten sei. Auch in dem Verhalten der Spartakisten selbst komme das zum Ausdruck; denn sie beschränken sich jetzt auf die Verteidigung. Die Erbitterung der Berliner Bevölkerung, ohne Unterschied des Standes, gegen das Treiben der Spartakisten sei auf das Höchste gestiegen. Ein Panzerautomobil, das gegen Mittag mit einer schwarz-weiß-roten Fahne durch die Leipzigerstraße fuhr, wurde von der Menge jubelnd begrüßt. Die Besatzung bestand aus Jungen, kräftigen Leuten, alle mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse, anscheinend Offiziere in Mannschafsumform, die unter Schwenken ihrer Fahnen und unter Hochrufen auf die Regierung zum Kampfplatze in der Schützenstraße führten, um mit den Regierungstruppen dort die Zeitungsredaktionen von der Spartakusherrschaft zu befreien. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, ist ein Angriff der Spartakisten auf den Zentralbahnhof von den Regierungstruppen abgeblasen worden. Bei den Kämpfen gab es mehrere Tote und Verwundete. Die „Kreuzzeitung“, die von den Spartakisten besetzt war und seit einigen Tagen nicht mehr erscheinen konnte, ist gestern wieder gedruckt worden und sollte wieder ausgegeben werden. Als die Zeitungswagen bereits beladen waren, wurden sie von Spartakisten umgeworfen und die Zeitungen verbrannt. Am Donnerstag morgen gegen 6 Uhr wurde lt. „L. N.“ wiederum ein Sturm auf das Brandenburger Tor versucht, der gleich dem früheren scheiterte.

Wie ein Berliner Berichterstatter meldet, erschienen vorgestern Spartakisten in Döberitz auf dem Flugplatze und verlangten vom Soldatenrat die Herausgabe der schweren und leichten Fliegerbomben. Der Kommandant der Flieger, der schon Maßnahmen getroffen hatte, erklärte, daß auf keinen Fall die Sprenggeschosse aus der Hand gegeben würden. Nach Abzug der revolutionären Arbeiter ließen die Soldaten das gesamte Lager an Bomben auf freiem Felde in die Luft sprengen, um jeder Übertreibung vorzubeugen.

In der letzten Nacht haben, wie ein Privattelegramm der „Bad. Fr.“ von heute, Freitag meldet, die furchtbaren Straßenkämpfe an Heftigkeit noch zugenommen. Der Schleifische Bahnhof ist nach stundenlangem Kampf mit Maschinen-Gewehren und Geschützen durch die Regierungstruppen zurückerobert worden. Mehrere hundert Spartakisten, fast alle mit Wundschüssen, liegen im Bahnhofsgelände. Die Straße unter den Linden ist im Besitze der Regierungstruppen. Es werden mehrfach Steilgeschosse aufgestellt, mutmaßlich um über das Schloß hinweg das Polizeipräsidium zu beschleichen. Stundenslange Straßenkämpfe hat es im Zeitungsviertel, der Jerusalemstraße gegeben, hier zählte man bis gestern Abend an 80 Tote und zahlreiche Verwundete. Die Döberitzer Heerstraße ist von Regierungstruppen besetzt.

Für heute, spätestens morgen ist die Verhängung des verschärften Belagerungszustandes und des Standrechtes in Berlin zu erwarten. Damit dürften die Kämpfe in ihre letzte entscheidende Phase treten.

In einer Spartakusversammlung vorgestern Abend wurde mitgeteilt, daß bewaffnete Parteigenossen von allen Teilen des Reiches nach Berlin unterwegs seien. Dabei wurde das Verdauern ausgesprochen, daß die Propaganda in den Berliner Kasernen ihr Ziel nicht erreicht habe.

Gerüchweise verlautet, daß eine Abordnung der Spartakusleute um Anbahnung von Verhandlungen gebeten haben sollen. Sie sollen sich bereit erklärt haben, eventuell auch ohne Einverständnis ihrer Führer die Bedingungen der Regierung, nämlich Waffenstreckung und Räumung der besetzten Zeitungsgebäude anzunehmen.

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, haben die Studenten der Technischen Hochschule auf Aufforderung des Gouverneurs Koste beschloffen, daß sich die Studierenden der Regierung zur Verfügung stellen sollen. Die Vorlesungen fallen aus und die Hochschule wird am 10. Januar ganz geschlossen werden.

Der Zentralrat der Sozialistischen Republik Deutschlands, gez. Kleiner, hat folgende Rundgebung erlassen:

„Der in Berlin weilende Kabe hat die ausländischen Spartakusleute aufgefordert, auszuhalten, bis russische Truppen herein kommen. Der Soldatenrat der 10. Armee werde die Russen durchlassen. Von der Offiziere wird uns dazu mitgeteilt, der Durchmarsch der Russen sei ganz ausgeschlossen. Kein Soldatenrat duldet ein Einmischen der russischen Truppen in unsere revolutionären Kämpfe. Die Behauptung Kabes ist sinnlos und eine Beleidigung des deutschen Proletariats, dessen Ehre an der Front stehen.“

Die Arbeiterräte der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik, die fast 16 000 Arbeiter beschäftigt, veröffentlichen folgende Entschlieung:

„Die Arbeiterschaft hat den festen Willen, sich über die Köpfe ihrer Führer hinweg die Bruderhand zu reichen, und mit allen Kräften dahin zu streben, daß endlich wieder Ruhe und Ordnung eintreten und ein menschenwürdiges Dasein erstrebt wird. Die Arbeiterschaft verlangt, daß sämtliche Führer sofort zurücktreten, um anderen nicht kompromittierten Führern Platz zu machen. Sollte bis zum 11. Januar keine Einigung erzielt sein, so wird die Arbeiterschaft am 13. Januar die Arbeit wieder geschlossen aufnehmen. Genossen aller Betriebe! Schließt euch einmütig unseren Vorlesungen an.“ Wie die „Deutsche Tageszeitung“ erzählt, sind in mehreren Großbetrieben Berlins ähnliche Beschlüsse gefaßt worden.

Die Spartakustreibereien im Reich.

In Hamburg und Altona wurden die Werftarbeiter und Arbeiter anderer Betriebe am Donnerstag früh von revolutionären Obereuten zu Massenkundgebungen aufgefordert. Der Durchgang nach Steinwerder durch den Elbtunnel wurde gewaltsam verhindert. Ferner wurde den Arbeitwilligen bei Benutzung der Fährdampfer Schwierigkeiten gemacht, so daß Teile der Arbeiter ihre Arbeitsstätte nicht erreichen konnten. Auf Anordnung des A. u. S. M. wurde das Erscheinen des „Hamburger Echo“ vorläufig verboten mit der Begründung, daß das „Echo“ hinter der Regierung Ebert, Scheidemann, Koste stehe, was die Mehrzahl der Mitglieder des Arbeiterrates nicht billige. Vor dem „Echo“ hatte sich eine größere Menge eingefunden, der der Direktor Laufenberg, der Vorsitzende des Arbeiterrates, obige Mitteilung machte. Bei den abgegebenen Schüssen handelte es sich um Schreck- und Warnungsschüsse. Niemand wurde verletzt. Das Telegraphen- und Fernsprechanstalt hat eine Sicherheitswache erhalten.

Die Regierung in Braunschweig protestierte energisch bei der Reichsregierung gegen die Verhängung des Belagerungszustandes in Berlin, sowie gegen die dort getroffenen Maßnahmen zur Niederschlagung der Revolution. Möglichenfalls werde die braunschweigische Regierung mit allen verfügbaren Mitteln eingreifen, um die revolutionäre Arbeiterschaft zu unterdrücken.

In Leipzig bei Leipzig wurden drei für Berlin bestimmte Militärtransporte von dem Bahnhof befindlichen Patrois zur Enttarnung aufgefordert. Auf ihre Weigerung hin kam es zu einer Schießerei, bei der lt. „Leipz. Tagebl.“ auf Seiten der Truppen ein Offizier und zwei Mann getötet, 7 Mann verwundet wurden, während die Patrois einen Toten und zwei Verwundete haben sollen. Zu den Vorgängen auf dem Bahnhof in Leipzig meldet das „Leipziger Tageblatt“ weiter, daß die Soldaten schließl. ihre Waffen ausliefern, worauf der Zug nach Dahlen weiterfuhr. Ferner wird berichtet: Gestern Abend um 7 Uhr wurden auf dem Bahnhof Leipzig wieder drei Züge, die mit Mannschaften, Waffen und Munition nach Berlin bestimmt waren, angehalten und die betreffenden Mannschaften entwaffnet, wobei es jedesmal nicht ohne Kampf abging. Die Zahl der Toten und Verwundeten hat sich dadurch auf acht bezw. 13 erhöht. In den Abendstunden wurden die Posten, die den Auftrag haben, alle Militärzüge anzuhalten, weiter nach Marctanstadt zu verlegt.

In Halle wurde am Mittwoch Abend die „Halle'sche Zeitung“ von Spartakisten besetzt, die erklärten, das Blatt unter dem Titel „Mote Fahne“ herauszugeben zu wollen. Später wurde die Besetzung der Zeitung jedoch wieder aufgehoben. Der Chefredakteur der demokratischen „Saalezeitung“ befindet sich seit Dienstag in Haft des Soldatenrates. Der Magistrat nahm ein Ultimatum des A. u. S. Rates an, wonach er diesen als einziges Organ der vollziehenden Gewalt anzusehen hat, mit der Begründung, daß der A. u. S. Rat die Verantwortung für die Geschäftsführung übernimmt.

In Augsburg führten sozialistisch-radikale Elemente gestern nachmittag die Expeditionen der „Münchner Augsburger Abendzeitung“ und der „Augsburger Neuesten Nachrichten“, wobei sie sich der dort lagernden Vorräte an Flugblättern der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei bemächtigten, um sie dann vor dem Geschäftshause der Zeitungen auf der Straße zu verbrennen.

In München scheint der Spartakusbund dasselbe herauszubekommen zu wollen, wie in Berlin. Berliner Flugblätter wurden in Massen verteilt und gegen die Regierung scharfe Drohungen ausgesprochen. Drei Minister wurden am Mittwoch niedergeschossen, als sie eine Kundgebung vor dem Ministerium des Äußern beruhigen wollten. Diefem Treiben gegenüber veröffentlicht Minister Unterleimer einen Aufruf, in dem er bittet, daß die Arbeiterschaft sich von wahnfinnigen Elementen nicht aufheben und sich nicht zum Bürgerkrieg misshandeln lassen möge.

Aus Gagen i. B. wird gemeldet: Als gestern vormittag zwei für den Ortsrat bestimmte freiwillige Kampagnen feldmarschmäßig in Dabl, wo sie aufgestellt worden waren, nach Gagen zum Bahnhof geführt wurden, um dort verladen zu werden, wurden sie in der Nähe von Dastern von der Sicherheitswache gestellt und aufgefordert, die Waffen niederzulegen. Als sie dieser Aufforderung nicht nachkamen, sollten sie gewaltsam entwaffnet werden. Es entstand ein hartnäckiges Gefecht. Auf beiden Seiten traten Maschinengewehre in Tätigkeit. Die Zahl der Toten läßt sich noch nicht übersehen, dürfte aber wenigstens 10 betragen. Es sind 40 bis 50 Verwundete zu verzeichnen. Kurz nach Mittag zogen sich die Freiwilligen über die Berge in der Richtung nach Dabl zurück. Auch in der Stadt Gagen fielen verschiedene scharfe Schüsse. Ein Teil der Freiwilligen geriet in die Gefangenschaft der Sicherheitswache.

In Düsseldorf wurde in der Nacht zum Donnerstag das Telegraphen- und Fernsprechanstalt von Spartakusleuten besetzt. Von den Unabhängigen wurden in der Nacht auf Mittwoch Kommerzienrat Eich, Generaldirektor der Mannesmannwerke, und Handelsamtspräsident Dr. Brand verhaftet. Beide waren bürgerliche Wahlkandidaten. Ferner wurden Generaldirektor Ernst Krayel und der Stadtverordnete Paul Siebel durch den Spartakusbund verhaftet. Die Spitzen der Behörden, hochgestellte Beamte, und weitere angesehene Bürger, zusammen 150 Personen, waren rechtzeitig gerannt worden und hatten sich in Sicherheit bringen können. Die Polizei ist von dem Spartakusbund entwaffnet worden. Die Polizeibeamten veranstalteten gestern nachmittag eine Versammlung, um gegen diese Maßnahme zu protestieren.

In einer in Elberfeld abgehaltenen Versammlung der Spartakusleute wurde beschloffen, über das ganze Ruhrgebiet den Generalfreik zu verhängen. Der größte Teil der Ruhrkohlenzechen ist heute morgen in den Ausstand getreten.

In Mülheim a. d. R. fanden vorgestern große Demonstrationen der Streikenden statt, in deren Verlauf die Zeitungen von den Spartakusleuten besetzt wurden. Der Mülheimer „Generalanzeiger“ erschien gestern als „Mote Fahne“, Organ der revolutionären Arbeiter in Mülheim.

Das deutsch-demokratische „Neue Tagblatt“ in Stuttgart wurde gestern Abend 1/2 Uhr von den Spartakisten besetzt. Einer Vereinbarung mit dem Verlag der Zeitung entsprechend wurde zwar das Erscheinen der Morgenausgabe des „Neuen Tagblattes“ zugegeben, dagegen muß jedoch der Verlag die Verpflichtung übernehmen, ein besonderes Blatt für die Spartakisten in einer Auflage von 10 000 Exemplaren herzustellen.

Der Kriegsrat der Alliierten.

Der „Temps“ meldet untern 9.: Ministerpräsident Clemenceau hat die Absicht, heute den westlichen Kriegsrat zu vereinigen. Die italienischen Minister Orlando und Sonnino werden auf heute morgen in Paris erwartet. Lloyd George wird noch mitteilen, ob er sich heute auch in Paris einfinden kann. Im Falle der Verhinderung wird die Sitzung bis zu seiner Ankunft verschoben werden.

Der „Temps“ berichtet weiter: Präsident Wilson habe Clemenceau benachrichtigt, daß er in mitten der Friedenskonferenz nicht als Oberhaupt eines Staates, sondern als Minister betrachtet zu werden wünsche.

Eine Mitteilung der „Agence Havas“ besagt: Der oberste interalliierte Kriegsrat, der hier heute zusammengetreten sollte, um die verschiedenen Fragen zu prüfen, die auf der Konferenz erörtert werden, hat sich nicht versammelt. Lloyd George teilte nachträglich mit, daß es ihm unmöglich sei, vor Samstag oder Sonntag nach Paris zu kommen, da er durch die Umbildung des Kabinetts in England zurückgehalten werde. Orlando und Sonnino, die schon von Rom abgereist sind, werden morgen in Paris erwartet. Wahrscheinlich wird aber Orlando übermorgen für 48 Stunden nach Italien zurückkehren müssen, wo seine Anwesenheit erforderlich ist. Die einleitenden Besprechungen zwischen Frankreich, England, den Vereinigten Staaten und Italien werden also am Sonntag, oder, was wahrscheinlicher ist, am Montag stattfinden, wie dies ursprünglich gesagt worden war. Präsident Wilson wird den Ausschub dazu benutzen, um die verwitweten Gegenden zu besuchen.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes.

* Von Marschall Foch ist beim Vorstehenden der deutschen Waffenstillstandskommission folgendes Telegramm eingetroffen:

„Das Waffenstillstandsabkommen, das am 12. und 13. Dezember erneuert wurde, läuft am 17. Januar ab. Die einfache Verlängerung über diesen Zeitpunkt hinaus bis zur Unterzeichnung des Präliminarfriedens hat nicht die Zustimmung der Alliierten gefunden. Infolge dieser Sachlage haben sich die Alliierten und deutschen Bevollmächtigten, welche die Abmachungen vom 11. November und 13. Dezember getroffen haben, in einer neuen Beratung zu vereinigen, um über die Verlängerung des Waffenstillstandes über den 17. Januar hinaus zu beschließen. Der Oberkommandierende der Alliierten hat die Ehre, dem deutschen Oberkommandierenden vorzuschlagen, diese Zusammenkunft am 14. oder 15. Januar vormittags in Trier stattfinden zu lassen, unter denselben Bedingungen wie im Monat Dezember.“

Die Lage in Oberschlesien.

* Über die Lage in Oberschlesien wird u. a. gemeldet: Die nächsten Tage werden wohl für Oberschlesien sehr kritisch werden, da die Polen mit allen Mitteln die Wahlhandlung zur Nationalversammlung zu föhren drohen und diese Absicht ganz offen in Versammlungen ausprechen. Wenn den tödlichen Forderungen der sozialistischen Arbeiter auf Entfernung des Militärs nachgegeben würde, wäre es wohl gewiß, daß wir um den 19. Januar herum in Oberschlesien ähnliches erleben würden, wie in Polen, und es ist daher wohl ziemlich klar, daß unter den Spartakisten auch polnische Heer seien, die ganz andere Ziele verfolgen als die Anhänger Liebknechts.

In Heinitz-Grube fordern die streikenden Arbeiter außer der Entfernung jeglichen militärischen Schutzes die Entfernung der Regierung Ebert-Scheidemann und drohen zur Aufrichtung der Herrschaft Liebknechts mit dem allgemeinen Ausstande. Weiter fordern sie die Öffnung der polnischen Grenze, also auch hier wieder eine Verquickung der sozialistischen mit den polnischen Interessen.

Über Glogau ist dem W.D. zufolge der Belagerungszustand verhängt worden. Nach 10 1/2 Uhr Abends ist der Aufenthalt auf der Straße verboten. Der Soldatenrat strebt die Bildung von Garnisonbataillonen an. Gestellungspflichtig zu diesen sind alle gedienten und ungedienten Bürger der Stadtgemeinde Glogau vom vollendeten 19. Lebensjahre bis zum 55. Lebensjahre. Freiwillige und andere Jahrgänge sind willkommen. In einem Aufruf der Kommandantur und des Soldatenrates an die Bürgerschaft heißt es u. a.: „Schon in wenigen Tagen kann es sich entscheiden, ob Glogau deutsch bleibt oder polnisch werden soll. Helft alle, unsere geliebte Vaterstadt, Haus, Hof und Herd, Frauen und Kinder vor polnischer Raub und Verwüftung zu schützen.“

Der Breslauer Volksrat teilt mit, daß über Beuthen in Oberschlesien der Belagerungszustand verhängt worden ist.

Wilson beim Papst.

Mgr. Geretti, der vom „Gaulois“ interviewt wurde, erklärte, daß das ganze Protokoll des Besuchs Wilsons beim hl. Stuhl mit dem vatikanischen Staatssekretariat ohne jede Schwierigkeit geregelt wurde. In bezug auf seine Besprechung mit Wilson erklärte der Prälat, er sei beauftragt gewesen, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten ein Memorandum des Papstes zu übergeben, das einige aktuelle kirchliche und diplomatische Fragen behandelte, wie die Sicherung des kommenden Friedens durch einen Völkerverbund, der Wiederaufbau Europas nach den Grundsätzen des Rechtes und der Gerechtigkeit mit der Festsetzung von Sanktionen für die Verletzung des Völkerrechtes, des internationalen Rechtes und der Gerechtigkeit, alles Fragen, bei denen der Papst und Wilson gewisse, gemeinsame Ansichten vertreten.

Die Lebensmittelversorgung Deutsch-Osterreichs.

* Vom Wiener Staatsamt für Volksernährung wird mitgeteilt: Unter Teilnahme der Mitglieder der interalliierten Lebensmittelforenz, Vertretern der Staatsministerien des Äußern und der Finanzen, Vertretern der Gemeinde Wien und Mitgliedern des Direktoriums des Staatsamtes für Volksernährung wurde gestern nachmittag im Staatsamte für Volksernährung unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Löwenfeld die Beratung über die Deutsch-Osterreich zu gewährenden Lebensmittel fortgesetzt.

Dr. Taylor gab im Namen der interalliierten Lebensmittelforenz die Erklärung ab, daß von den Alliierten Deutsch-Osterreich vorläufig insgesamt 24 000 Tonnen Getreide,

Kommen Zeit, 750 Tonnen kondensierte Milch zur Verfügung gestellt werden. Hierin sind die bisher schon zugesagten 8000 Tonnen Getreide, welche aus Italien schon im Anrollen sind, inbegriffen.

Die weitere Versorgung Deutsch-Osterrichts wird, wie Dr. Taylor in Aussicht stellt, schon im Januar Gegenstand der weiteren Beratungen bilden, die voraussichtlich in Paris geführt werden.

Attentat auf den tschechischen Ministerpräsidenten.

Eine Meldung des tschechisch-slowak. Tel.-Büro aus Prag besagt unterm 9. Jan.: Auf den Ministerpräsidenten Kramarisch gab ein junger Mann im Gange zum Empfangssaal des Rathschin, während sich Kramarisch eben im Gespräch mit einem Maler befand, von rückwärts einen Revolvererschuss ab, der jedoch fehl ging. Als Kramarisch sich umdrehte, erhielt er einen zweiten Schuss. Das Projektil drang in die rechte Brustseite, blieb aber im Notizbuch stecken. Der Attentäter wurde verhaftet. Er heißt Alwin Stasch, ist 18 Jahre alt und bei Prag geboren. Er ist Schreiber im Staatsbahnmagazin und Anhänger der tschechisch-sozialdemokratischen Partei. Stasch erklärte, daß der Anschlag vor einigen Tagen in einer Versammlung beschlossen worden sei, über deren Existenz er ebenso wie über den Beweggrund des Attentats, für das er sich freiwillig gemeldet habe, jede Auskunft verweigerte.

Die Alliierten in Rußland.

Amlich wird von der Agence Havas mitgeteilt: Aus Archangel wird gemeldet, daß zum Zwecke der Ausgestaltung der Linie, welche während des Winters behauptet worden ist, und um feindliche Truppenansammlungen zurückzuwerfen, am 19. Dezember 1918 in der Gegend des Onega-Flusses Operationen unternommen wurden. Feindliche Kolonnen am Onega-Fluß, 50 Meilen nördlich der Stadt Onega, wurden angegriffen und getötet. Am 1. Januar griff der Feind unsere neuen Stellungen an, wurde jedoch mit schweren Verlusten abgewiesen. Am 4. Januar zogen sich die alliierten Truppen in bessere Stellungen flussabwärts in guter Ordnung und ohne belästigt zu werden zurück. Am 30. Dezember versuchte der Feind beiderseits der Stadt Radisch am Jenissa-Fluß, 37 Meilen vom Zusammenfluß dieses Stromes mit der Dwina, unsere Linie anzugreifen. Nördlich der Stadt am Pinega-Fluß halten die Alliierten 8 Meilen flussabwärts ihre Stellungen weiter.

Der Achtstundentag in Dänemark.

Der dänische Arbeitsminister erklärte, daß die Angestellten der Staatseisenbahn demnächst den Achtstundentag erhalten werden.

Weitere Nachrichten.

* **Norwegische Forderungen an Deutschland.** Dem „Nieuwe Rotterdammer Courant“ zufolge, meldet der „Daily Telegraph“ aus Kopenhagen, daß Norwegen von Deutschland für die Verfertigung norwegischer Schiffe eine Milliarde Kronen verlangen werde.

Baden.

Karlsruhe, 10. Januar.

** General Rudant hat am 2. Januar 1919 in Spa folgende Note übergeben: „Die Zusatznote 2 zu Artikel I des Waffenstillstandsabkommens legt fest, daß alle Verkehrswege bis zum Rhein inbegriffen, sowie alle auf dem rechten Rheinufer innerhalb der Brückenköpfe liegenden Verkehrswege voll und ganz der Machtvollkommenheit des Marschalls, Höchstkommandierenden der Alliierten Armee, unterliegen. Derselbe ist berechtigt, alle von ihm für nötig erachteten Maßnahmen zu treffen, um deren Befehle und Ausbeutung zu sichern. Die auf diese Weise durch das Waffenstillstandsabkommen vorgegebene Kontrolle bedingt

1. für die vom Marschall, Höchstkommandierenden der Alliierten Armeen, ernannten Feldschiffahrtskommissionen das Recht, in allen Rheinhäfen und in allen Umladestellen des rechten Rheinufers oder seiner Nebenflüsse, soweit dieselben das Gebiet der Brückenköpfe durchqueren, Militärkommissionen und Polizeikräfte einzusetzen, damit durch sie die Durchführung der von den Schiffahrtskommissionen erlassenen Weisungen überwacht und sichergestellt wird,

2. für die den Schiffahrtskommissionen zur Verfügung gestellten Polizeikräfte das Recht, den Rhein in seiner ganzen Ausdehnung zwischen dem östlichen und dem westlichen Ufer zu besetzen, an irgend einem Punkte des östlichen Ufers anzulegen, zu landen und sich in der Nähe ihrer Landungsstelle aufzuhalten, um die Durchführung ihrer Aufgabe zu sichern. Dieses Recht wird insbesondere in folgenden Häfen und an folgenden Landungsstellen ausgeübt werden: Kehl, Karlsruhe, Leopoldshafen, Rheinau, Mannheim, Germersheim, Lorch, Linz, Dilsdorf, Grüppe, Duisburg, Kuchrot, Alsum, Balsum, Wesel, Emmerich.

In diesem Sinne sind Weisungen vom Marschall, Höchstkommandierenden der Alliierten Armeen, an die Feldschiffahrtskommission ergangen.“

Die Gefahr im Osten.

* Das Generalkommando des XIV. A.-K. hat folgenden Aufruf erlassen:
Zu einer Stunde, wo alles daran arbeitet, das deutsche Reich nach den Leiden und Entbehrungen eines vierjährigen Krieges, nach den großen Umwälzungen der Revolution einer gesicherten und glücklichen Zukunft entgegenzuführen und den Bestand des Reiches für immer zu sichern, haben sich im Osten neue Feinde erhoben, die diese unsere Arbeit vereiteln wollen, die Polen und die russischen Bolschewisten. Den Polen, selbst unfähig, einen eigenen Staat zu bilden und zu verwalten, ist durch unsere Arbeit und unser Blut wieder ein eigener Staat geschenkt worden und anstatt dankbar zu sein, erheben sie Anspruch auf deutsches Gebiet, das deutsche Kulturbauwerk von einer Wüste zu einem fruchtbaren Lande gemacht hat, erdreisten sie sich, die Nachkommen dieser Kulturbinger jetzt zu mißhandeln und zu

berauben, ja selbst mit bewaffneter Macht gegen das Herz des Deutschen Reiches vorzustoßen.

Die Russen haben den Frieden von Brest-Litowsk schmählich gebrochen und bedrängen die Nachbarn unserer Armeen in Rußland auf das schärfste. Während hier alles die Friedensarbeit aufnimmt, stehen unsere Kameraden im Osten in schwerem Kampfe, hinter sich die russischen Bolschewisten, die ihren Terror, ihr wahnsinniges Sympot, das Leben und Besitz eines jeden friedlichen Bürgers gefährdet, auch nach Deutschland tragen wollen, vor sich die Polen, die unheimliches Gebiet vom Reiche losreißen wollen.

Hilfe zu bringen nicht.
Zur Abwehr dieser Gefahr ist ein freiwilliger Grenzschutz Ost gebildet worden. Möglichst zahlreiche Meldungen sind dringend erforderlich. Entlassene Soldaten aller Dienstgrade kommt und helf! Helft euren Kameraden im Osten, daß sie heil das deutsche Vaterland erreichen, helft unsern deutschen Brüdern in Polen, Schlesien, in West- und Ostpreußen gegen die brutale Vergeßlichkeit und das räuberische Treiben der Polen, küßt euch und das ganze deutsche Volk vor einem Eindringen des staatszerstörenden Bolschewismus.

Annahme von Freiwilligen findet bei den Bezirkskommandos außerhalb der neutralen Zone statt: Mosbach, Heidelberg, Bruchsal, Donaueschingen, Offenburg, Freiburg, Etzoldach. Infolge des augenblicklichen Mangels an militärischen Bekleidungsstücken, hervorgerufen durch die zahlreichen Plünderungen von Bekleidungsdepots usw., muß Bestellung im Entlassungsanzug erfolgen.

Besonders gedankt werden soll an dieser Stelle den zahlreichen Freiwilligen die sich bereits für den Grenzschutz Ost gemeldet haben. Wenn sie unsern braven Kämpfern geholfen haben werden, wird ihnen deren und des ganzen deutschen Volkes Dank sicher sein.

Kriegsleistungsfeld für Handwerker.

** Um den zahlreichen, nimmere aus dem Felde heimgeführten holzverarbeitenden Handwerkern die Wiederaufnahme ihres Betriebes zu erleichtern, hat die Forst- und Domänenverwaltung am 13. Dezember v. J. die Forstämter angewiesen, solchen Handwerkern auf Wunsch aus den Staatswaldungen bis zu 5 Hektar Kadel- oder Laubholz zu einem um 25 v. H. ermäßigten Anschlag aus der Hand abzugeben und für den Kaufpreis eine sechsmonatliche unverzinsliche Zahlungsfrist zu bewilligen. Es darf angenommen werden, daß auch die waldbesitzenden Gemeinden und Körperschaften sich diesem Vorhaben anschließen. Die Handwerker können sich mit ihren Wünschen unmittelbar an die Forstämter oder auch an die Standortverwalter wenden.

** Nach dem Gesetz vom 4. Juli 1918 kann in Gemeinden, in welchen ein öffentlicher Wohnungsnachweis eingerichtet ist, durch ortspolizeiliche Vorschriften bestimmt werden, daß Wohnungen, die zu vermieten oder nicht mehr zu vermieten sind, dem Wohnungsnachweis angelegt werden müssen. In diesem war diese Meldepflicht auf Wohnungen beschränkt, die außer der Küche nicht mehr als 4 Wohnräume enthalten. Diese Bestimmung hat sich nicht als ausreichend erwiesen. Nach der Heimkehr der Krieger hat sich in den Städten ein besonders großer Mangel auch an möblierten Zimmern gezeigt; aber auch die Nachfrage nach größeren Wohnungen für den Mittelstand ist eine stärkere geworden. Um den Wohnungsuchenden einen raschen Überblick über die mietaufreien Wohnungen dieser Art zu gewähren, erschien es notwendig, die Angelegenheit der Vermieter auch auf die möblierten Zimmer und Wohnungen von mehr als vier Zimmern und Küche auszudehnen. Durch eine Verordnung der vorläufigen Volksregierung vom 7. Dezember 1918 ist nunmehr den Gemeinden die Möglichkeit eröffnet, durch ortspolizeiliche Vorschriften diese Anordnung zu treffen.

* **Ar. 1 des Badischen Gesetzes- und Verordnungsblattes** hat folgenden Inhalt: Verordnungen der Badischen vorläufigen Volksregierung: die Ergänzung des Polizeitrafgesetzbuches betreffend; des Ministeriums des Innern: die staatliche Prüfung von Säuglingen und Kleinkindpflegerinnen betreffend; die Arzneitage betreffend; des Ministeriums für Ernährungsweisen: den Verkehr mit Schlachtpferden und Pferdefleisch betreffend.

Ernennungen, Versetzungen, Zurufeetzungen etc.

der etatmäßigen Beamten der
Gehaltsstarifabteilungen H bis K
sowie

Ernennungen, Versetzungen etc.

von nichtetatmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums der Justiz.

Befördert:

die Justizakture Ludwig Schwaiger beim Notariat Gochsheim zum Amtsgericht Mannheim und Heinrich Bohl beim Amtsgericht Schopfheim zum Amtsgericht Donaueschingen, Bureauassistent Friedrich Bauer bei der Staatsanwaltschaft Mannheim zum Oberlandesgericht.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Innern.

Ernannt:

der ehemalige Militäramwärter Theodor Herr zum Kanzleidiener bei der Landesversicherungsanstalt Baden.

Befördert:

Schumann Raimund Fischer in Mannheim zum Bezirksamt Freiburg.

Zurufgekehrt:

Werkmeister Jakob Landenberger bei der Heil- und Pflegeanstalt Illenaue wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen Dienste.

Beamteneigenschaft verliehen:

der Maschinenschreiberin Marie Dahmann beim Konservator der öffentlichen Wandentmaler in Karlsruhe.

Konstituierung der Deutschen Demokratischen Fraktion.

* Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei in Baden ist gestern zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten und hat einstimmig nachstehende Resolutionen für ihre Tätigkeit in der Badischen Nationalversammlung beschlossen:

1. Die Verfassung des badischen Staates ist die einer demokratischen Republik auf der Grundlage einer Volkskammer, die aus allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlen aller Staatsbürger beiderlei Geschlechts nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gebildet wird.

2. Die Wahlen für die Gemeinden sollen nach denselben Grundsätzen erfolgen.

3. Der achtstündige Arbeitstag in Industrie und öffentlichen Betrieben soll aufrecht erhalten werden, sofern nicht die allgemeine Wirtschaftslage und die Wettbewerbsfähigkeit auf dem

Weltmarkt eine andere reichsgesetzliche Regelung erfordern. Die Sicherstellung auf internationaler Grundlage ist zu erstreben.

4. Die Verstaatlichung der Betriebe, die dafür geeignet sind, ist in Aussicht zu nehmen.

5. Die Ludwige Reichsregierung wird aufgefordert, Vorkehrungen zur Bildung eines badischen Volksheeres unverzüglich zu treffen.

Aus der Landeshauptstadt.

sch. Kolosseum. Die Vorstellungen erfreuen sich allabendlich eines überaus zahlreichen Besuches, wohl der beste Beweis, daß das Publikum mit dem Gebotenen zufrieden ist. Eröffnet wird das Programm durch die Liedersängerin Ida Metzger. Der Baudebner Max Blume ist vom letzten Programm prolongiert worden. Einen gut gelungenen Dressurakt bringt Billy Varella mit Affen und Hunden. Die beiden Bocester leisten auf dem Gebiete der Parterreartrobatik vorzügliches. Erna Aria und ihr Impresario bringen interessante Experimente auf dem Gebiete der Suggestion. Die Kretzel-Truppe (Ruffgymnastiker) führen mit dem Bedenläufer eine glänzende Leistung vor. Der Humorist Ludwig Clermont, ist ein Original und bringt aktuelle Vorträge und der komische Sängerkünstler Sollen beschließt das Programm in würdigster Weise. Die Pausen werden durch die Hauskapelle, unter Herrn Nichts Leitung, aufs beste ausgefüllt.

Zeitschriftenschau.

Vom „Zweibelsch“ (Hans von Weber, Rindeln) erschien soeben das Schlussheft des 9. Jahrgangs. Der Leitartikel „Arbeiten und nicht verzweifeln“ ruft zur Mitarbeit im Volksstaat auf. „Arions Schwannengesang“ erwidert auf das Pamphlet eines Gegners. Weitere Beiträge: „Sittlichkeit“ (von Dr. Rab), „Geist zu Schlanderpreisen“ (M. Gehrke), „Die Tiefe“ (H. Neimann). Ferner ein neues Märchen von H. Matthies, zahlreiche Glossen und eine sehr große Fülle von Buchankündigungen.

Staatsanzeiger.

Die Badische vorläufige Volksregierung hat unterm 27. Dezember 1918 beschlossen, die Veretzung des Professors Dr. Joseph Schlageter vom Gymnasium in Lörrach an das Gymnasium in Tauberbischofsheim zurückzunehmen und in gleicher Eigenschaft zu veretzen Professor Eduard Batt vom Gymnasium in Bruchsal an das Realgymnasium mit Oberrealschule in Willingen, Professor Joseph Köbele vom Realgymnasium in Ettenheim an das Gymnasium in Bruchsal, Professor Dr. Alois Ott vom Realgymnasium mit Oberrealschule in Willingen an das Realgymnasium in Ettenheim und Professor Georg Mathes von der Realschule in Bühl an die Realschule in Oberkirch, sowie

den Lehramtspraktikanten Joseph Hartbrecht von Schwarzach zum Professor an der Realschule in Bühl zu ernennen.

Das Ministerium der Justiz hat unterm 27. November 1918 den Justizaktuar Herman Strohaner beim Amtsgericht Forstheim zum Amtsgericht Melsheim veretzt.

Das Ministerium der Justiz hat unterm 20. November 1918 den Justizsekretär Bertin Winterhalter beim Notariat Konstanz zum Amtsgericht Willingen veretzt.

Das Ministerium der Justiz hat unterm 19. November 1918 den Justizaktuar Wilhelm Dautz beim Notariat Heidelberg zum Amtsgericht Karlsruhe veretzt.

Rechtsanwalt Dr. Theodor Delenheinz in Karlsruhe, der auf seine Zulassung bei Oberlandesgericht verzichtet hat, ist als Rechtsanwalt beim Landgericht Mannheim mit dem Wohnsitz in Mannheim zugelassen worden.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat unter dem 2. Januar d. J. den etatmäßigen Verwaltungsaktuar Richard Kramann und Karl Lammlein mit der Amtsbezeichnung Verwaltungsführer die etatmäßige Stelle eines Bureaubeamten bei Zentralverwaltungen übertragen.

Das Ministerium des Innern hat unterm 4. Januar d. J. den Amtsaktuar Karl Dörzbach zum Revisionsassistenten beim Bezirksamt Mosbach ernannt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat unterm 20. Dezember 1918 den Betriebsassistenten Sebastian Stöfer in Basel zum Eisenbahnsekretär ernannt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat unterm 5. Januar d. J. den Eisenbahnassistenten Julius Hartmann in Schaffhausen zum Eisenbahnsekretär ernannt.

Gestorben ist:

Gruber, Johann, Pförtner beim Samariterhaus in Heidelberg.

Die Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung.

Zur Entscheidung über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschlüsse und ihrer etwaigen Verbindung findet eine öffentliche Sitzung des Wahlausschusses am Montag den 13. Januar 1919, vormittags 9 Uhr, im Geschäftszimmer des Unterzeichneten, Ministerium des Innern, Zimmer Nr. 85, statt.

Karlsruhe, den 9. Januar 1919.
Der Wahlkommissar für den 33. Wahlbezirk.
P f i t t e r e r.

Unsere heimkehrenden Frontsoldaten frieren

Warum?
Weil die

Heeresbestände an Bekleidungsstücken
z. T. beraubt

sind und

Ersatz der abgerissenen Felduniformen unmöglich

ist

Darum ist

Ablieferung des Heeresgutes

moralische Pflicht!

Nichtbefolgung ist mit schwerer Strafe bedroht.

Reichsverwaltungsamt, Berlin W 8, Friedrichstraße 66.

